



**Eva Bulling-Schröter, Klaus Ernst,  
Nicole Gohlke, Harald Weinberg**  
Mitglieder des Deutschen Bundestages

Klaus Ernst, MdB · Platz der Republik 1 · 11011 Berlin

## **Grußwort zur Gründung des SDS Bayern**

**Berliner Büro Eva Bulling-Schröter**  
Platz der Republik 1, 11011 Berlin  
☎ (030) 227 – 72 485  
✉ (030) 227 – 76 485  
✉ [eva.bulling-schroeter@bundestag.de](mailto:eva.bulling-schroeter@bundestag.de)  
🌐 [www.bulling-schroeter.de](http://www.bulling-schroeter.de)

**Berliner Büro Klaus Ernst**  
Platz der Republik 1, 11011 Berlin  
☎ (030) 227 – 70 367  
✉ (030) 227 – 76 466  
✉ [klaus.ernst@bundestag.de](mailto:klaus.ernst@bundestag.de)  
🌐 [www.klaus-ernst-mdb.de](http://www.klaus-ernst-mdb.de)

**Berliner Büro Nicole Gohlke**  
Platz der Republik 1, 11011 Berlin  
☎ (030) 227 – 75 062  
✉ (030) 227 – 76 061  
✉ [nicole.gohlke@bundestag.de](mailto:nicole.gohlke@bundestag.de)  
🌐 [www.nicole-gohlke.de](http://www.nicole-gohlke.de)

**Berliner Büro Harald Weinberg**  
Platz der Republik 1, 11011 Berlin  
☎ (030) 227 – 72 394  
✉ (030) 227 – 76 499  
✉ [harald.weinberg@bundestag.de](mailto:harald.weinberg@bundestag.de)  
🌐 [www.harald-weinberg.de](http://www.harald-weinberg.de)

Berlin, 28.01.2010

## **Grußwort zur Gründung des SDS Bayern**

Liebe Studierende,  
Liebe Genossinnen und Genossen,

Die neoliberale Geisterfahrt der letzten Jahre hat das Studium radikal umgekrempelt. Mit der Umstellung auf Bachelor- und Master-Studiengänge wurde in den letzten Jahren eine weitere Ebene der Selektion in das deutsche Bildungssystem eingeführt. Eine neue Schicht studierter Bachelor-Absolventen/innen soll möglichst schnell und billig durch eine Fließbanduni gefahren werden. Der Masterabschluss soll aus Sicht der neoliberalen Klientelbedienung zum Privileg der Kinder aus intellektuellen und reichen Familien werden. Mit der Einführung von Studiengebühren wurde der Anteil von Kindern aus Arbeiterfamilien in den Universitäten weiter gesenkt. Die Studentenwerke werden im März/April die Ergebnisse der neuen Sozialerhebung vorstellen, die diesen Trend wohl bestätigen wird.

Dennoch: Ziel der Umstellung auf Bachelor- und Master-Studiengänge ist vor allem die Schaffung einer neuen Schicht von hoch qualifizierten und gleichzeitig schlecht bezahlten Lohnabhängigen. Leiharbeit, befristete Arbeitsverhältnisse, Überstunden und Lohnrückerei sind in erster Linie das Problem junger Beschäftigter. Die Arbeitslosigkeit bei 15-25 jährigen befindet sich laut offizieller Statistik vom 28.1.2010 bei 7,5 Prozent. Real kommen in Deutschland allerdings noch etwa 800 000 Jugendliche in sogenannten „Qualifizierungsmaßnahmen“ und viele tausende Studierende, die ihr Studium mit Krediten finanzieren müssen dazu. Die Einstellungsstopps der Unternehmen im Rahmen der Wirtschaftskrise verschlechtert die Chancen für Studienabgänger zusätzlich.

Umso wichtiger waren die Bildungsproteste letztes Jahr, weil sie diejenigen in die Defensive gedrängt haben, die diesen Umbau befürwortet haben. Das darf aber nicht reichen. Das Potential für eine Ausweitung der bisherigen Proteste ist vorhanden. Die



**Eva Bulling-Schröter, Klaus Ernst,  
Nicole Gohlke, Harald Weinberg**  
Mitglieder des Deutschen Bundestages

Seite 2 von 2 Seiten des Schreibens vom 28.01.2010

Besetzungen als erster großer Protest unter Schwarz-Gelb erfuhren breite Solidarisierung aus der Bevölkerung. Mit dem doppelten Abiturjahrgang kommt zudem eine bereits in den letzten Jahren politisierte Gruppe aktiver Schülerinnen und Schüler an die Uni, die es einzubinden gilt.

Bereits Anfang Mai soll eine bundesweite Mobilisierung nach Nordrhein-Westfalen das Thema Bildung in den Landtagswahlkampf tragen. Die Ausweitung der Proteste auf Azubis, Gewerkschaften und die vermehrte Einbeziehung von Schülerinnen und Schülern sind wahrscheinlich die größten kommenden Herausforderung für den Bildungsstreikprozess.

Als Bundestagsabgeordnete werden wir das Parlament als Plattform nutzen, die Forderungen der Bildungsproteste zu verbreiten. Damit sie aber auch in politische Realität verwandelt werden, braucht es immer auch den Druck von der gesellschaftlichen Basis auf die Politik.

Gesellschaftliche Veränderung braucht aber auch ein anderes Denken. Die Lehrstühle wurden in den letzten 40 Jahren kontinuierlich neoliberalisiert. Die gesellschaftspolitische Debatte wird mit neoliberalen Kampfbegriffen wie „Flexibilisierung“, „demografische Entwicklung“, „Individualisierung“, „Lohnnebenkosten“, aber auch „vernetzte Sicherheit“ oder „humanitäre Intervention“ geführt, die an den Universitäten als unumstößliche Realitäten dargestellt werden. Es ist die Aufgabe von Linken an der Uni, neue kritische Wissenschaften zu entwickeln und zu etablieren. Ihr steht vor der Herausforderung, nicht nur linke Hochschulpolitik, sondern auch linke Politik an der Hochschule zu vertreten. Ein sozialistisch-demokratischer Studierendenverband ist gerade heute wichtig: Er kann die Politisierung der Hochschulen und eine Organisation von Widerstand voranbringen und andere dafür gewinnen, die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse zu verschieben.

Wir wünschen Euch dafür viel Erfolg bei Eurer Arbeit, und hoffen auf fruchtbare und solidarische Zusammenarbeit.

Eva, Klaus, Nicole und Harald